

FRANKFURTER ALLGEMEINE

DONNERSTAG, 19. MÄRZ 2015

POLITIK

Waidmanns Wut

DÜSSELDORF, 18. März. Wenn sich eine Interessengruppe in Nordrhein-Westfalen wirklich Gehör verschaffen will, dann ruft sie zur Demonstration auf die Wiese zwischen Landtag und gläserner Staatskanzlei in Düsseldorf. Unmittelbar vor dem Bannkreis haben vor bald zwei Jahren Tausende Beamte gegen die von der rot-grünen Regierung Kraft beschlossenen Besoldungskürzungen demonstriert, die später das Verfassungsgericht des Landes aufhob. Noch mehr Teilnehmer als bei den Beamtenprotesten sind am Mittwoch bei einer Kundgebung gegen das geplante „ökologische Jagdrecht“ auf den Beinen. Rund 15 000 Waidmänner marschieren auf die Wiese, um unter dem Motto „Für Land und Leute! Schluss mit den Verboten!“ gegen die Novelle zu protestieren.

Auf den ersten Blick scheint die Sache ein Nischenthema zu sein – es gibt schließlich nur rund 90 000 Jäger im Bundesland. Tatsächlich aber geht der Konflikt tiefer. Auf der einen Seite steht ein grün-urbanes Milieu, das sich nach der Energiewende nun den „ökologischen Umbau“ des ländlichen Raums vorgenommen hat. Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) glaubt, dass die Jagd neu begründet werden müsse; er will die Jagd strikt einschränken und wird dabei von Umwelt- und Naturschutzverbänden unterstützt. Auf der anderen Seite sammeln sich die traditionellen Kräfte ebenjenes ländlichen Raums zum Protest gegen „grüne Bevormundungspolitik“.

Schon seit Monaten mobilisieren die Jäger im ganzen Land. Zu fünf Regionalkonferenzen kamen jeweils bis zu 3000 Teilnehmer. Bei der Großkundgebung am Mittwoch stellen sich CDU und FDP demonstrativ an die Seite der Jäger. Erstaunlich ist, dass die Sozialdemokraten so deutlich auf Distanz zu ihrem grünen Koalitionspartner gehen wie noch nie. Man wolle „viele Vorschläge“ der Jäger übernehmen, verspricht der SPD-Redner, während sich die Redner der Grünen kompromisslos geben. Schon seit Monaten rumort es in der SPD in Sachen Jagdrecht. Friedhelm Farthmann, der frühere Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und passionierte Jäger, sagte im Gespräch mit dieser Zeitung, bei der Novelle handle es sich um den unzulänglichsten Gesetzesentwurf, der jemals im Land erarbeitet worden sei. Werde er unverändert verabschiedet, rate er dringend zur Verfassungsklage. „Wenn sich die Landesregierung tatsächlich ein vergleichbares Desaster beim Verfassungsgericht in Münster abholen will wie bei der Beamtenbesoldung, dann kann ich nur sagen: Waidmanns Heil!“ (reb.)